

Emanzipatorische Arbeitspolitik – Tagungsberichte

Inhalt:

Vorspann. BRIGITTE KURZER / ROLF GEHRING / RÜDIGER LÖTZER	1
Der Zollkrieg des Donald T. – Hintergründe und mögliche Folgen. Von RÜDIGER LÖTZER, Berlin	2
Kasten: Tätigkeiten und Vorhaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Von MATTHIAS PAYKOWSKI, Karlsruhe	3
Spanien: Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Von CLAUS SEITZ, San Sebastian	4
Kasten: Regierungsprojekt: Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit auf 37,5 Wochenstunden. Von CLAUS SEITZ, San Sebastian	5
Andauernder Konflikt mit Glovo. Von CLAUS SEITZ, San Sebastian	6
Europäische Wirtschafts- und Industriepolitik- Entwicklung und aktuelle Ausrichtung. Von ROLF GEHRING, Brüssel	7
Dokument: Zuständigkeiten der EU	7
IG Metall zur EU-Wirtschaftspolitik. Von BRUNO ROCKER, Berlin	8

Impressum: Dieser Tagungsbericht erscheint im Juni 2025 als Beilage zu den Politischen Berichten Nr. 3/2025. Die redaktionelle Verantwortung liegt bei den Autoren. Herausgeber: Rolf Gehring (V.i.S.d.P) rgehring@efbww.eu, Rüdiger Lötzer ruediger@loetzer.com. Redaktionsanschrift: Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln

Einleitung. Das diesjährige Sprockhöveler Treffen emanzipatorische Arbeitspolitik fand am 22. März als Online-Veranstaltung statt. Die hier vorgelegte kleine Dokumentation umfasst die Schwerpunktthemen, die durch Vorträge vorbereitet waren, namentlich internationale Handelspolitik, europäische Wirtschafts- und Industriepolitik und die Dynamiken der rechtlichen Entwicklungen in den spanischen Arbeitsbeziehungen.

Für das Erstellen der Beiträge für die Dokumentation entstand die Schwierigkeit, dass nur schwerlich einzuschätzen war und ist, was beispielsweise die US-Administration für den späteren Nachmittag oder morgen plant, wie die EU reagiert usf. Eigentlich alle behandelten Themen unterliegen aktuell geschwinden Veränderungsdynamiken. Zwischen Veranstaltung, dem Verfassen der Berichte und der Veröffentlichung liegen mehr als zwei Monate. Wir haben uns enthalten, Vorgänge zwischen der Veranstaltung und der Veröffentlichung zu reflektieren und zu

bewerten. Die Beiträge orientieren sich an den Vorträgen und der Diskussion.

Besprochen wurde auf dem Treffen auch die weitere Perspektive des Kreises, der sich seit Jahren als Sprockhöveler Treffen etabliert hat. Wir wollen an dem Format des freien Austausches rund um Fragen der Arbeitspolitik, aber auch aktueller politischer Auseinandersetzungen und Themen festhalten. Ein Terminvorschlag für das Jahr 2026 soll noch vor Ende dieses Jahres festgelegt und kommuniziert werden.

Auch aus Gründen der Erreichbarkeit soll geprüft werden, ob Köln als Ort infrage kommt. Damit ist aber auch der Titel Sprockhöveler Treffen obsolet. Wir werden das nächste Mal unter dem Titel: „Emanzipatorische Arbeits- und Wirtschaftspolitik in Europa“ einladen. Wenn möglich, soll das Treffen in Präsenz stattfinden, aber auch die Möglichkeit organisiert werden, online teilzunehmen.

BRIGITTE KURZER / ROLF GEHRING / RÜDIGER LÖTZER

Der Zollkrieg des Donald T. – Hintergründe und mögliche Folgen

RÜDIGER LÖTZER, Berlin

Die letzten Wochen und der eskalierende Zollkrieg, hervorgerufen durch das erratische Handeln des US-Präsidenten Donald Trump, waren für ziemlich viele Menschen, Regierungen und Unternehmen ein Crashkurs. Vor allem zum Thema internationaler Handel und den Vorteilen des Freihandels und der internationalen Arbeitsteilung und wie schnell diese Vorteile durch das Handeln weniger mächtiger Akteure beschädigt und möglicherweise sogar zerstört werden können. Innerhalb weniger Wochen wurden weltweit Wachstumsprognosen der Zentralbanken, der OECD, des IWF und vieler Regierungen nach unten korrigiert, verbunden mit Warnungen vor einer weiter oder erneut ansteigenden Arbeitslosigkeit, Teuerung, ja neuen Finanzkrisen und einer weltweiten Rezession. Im Folgenden ein Versuch, jenseits der täglichen erratischen Schritte Trumps ein paar systematische Erklärungen zu Ursachen und möglichen Folgen eines solchen Zollkriegs zu geben.

1. Die klassische Theorie des Freihandels und der internationalen Arbeitsteilung ist weiterhin zutreffend.

Ihre Kernaussagen lauten:

- (1) Unterschiedliche Kostenstrukturen in unterschiedlichen Ländern bergen „die Möglichkeit einer für beide Seiten vorteilhaften Neuordnung der Weltproduktion“.
- (2) „Internationaler Handel führt zu einer Steigerung der weltweiten Produktionsmenge, weil er jedem Land ermöglicht, sich auf die

Produktion desjenigen Gutes zu spezialisieren, bei dem es einen komparativen Vorteil hat.“

(zit. nach Paul Krugman u.a., „Internationale Wirtschaft“, Pearson Verlag 2012, S. 57-58)

Die bekanntesten Texte dazu sind bis heute:

- David Ricardo, On the Principles of Political Economy and Taxation (1817, in Deutsch u. a. 2006)
- Heinrich von Thünen, Der isolierte Staat (1826)
- Karl Marx, Das Kommunistische Manifest (1848)
- Alfred Weber, Über den Standort der Industrien, Tübingen 1922
- Paul A. Samuelson und William F. Stolper, Protection and Real Wages, in Review of Economic Studies 9, Nr. 1, (1941)

Hier ein paar beispielhafte Zitate daraus:

Karl Marx, Das Kommunistische Manifest: „Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage aller zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht ▶

► nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entfernten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen... Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut... Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhass der Barbaren zur Kapitulation zwingt.“ (Dietz Verlag Berlin, 2003, S. 16-17)

David Ricardo, On the Principles of Political Economy and Taxation: „Die Vermehrung unserer Annehmlichkeiten durch eine bessere Verteilung der Arbeit, indem jedes Land jene Waren produziert, für die es durch seine Lage, sein Klima sowie durch seine anderen natürlichen oder künstlichen Vorteile geeignet ist und sie gegen die Waren anderer Länder eintauscht, ist für das Wohl der Menschheit genauso wichtig wie ihre Verwendung.“ (deutsche Übersetzung, erschienen 2006 im Verlag Metropolis (Marburg), hier zitiert nach der Ausgabe im Akademie Verlag 1995, S. 121)

Diese Regeln galten und gelten auch für die großen Konzerne der USA, wie diese in den letzten Wochen – oft zu ihrem eigenen Leidwesen – erneut erfahren mussten. Siehe Unternehmen wie Apple, Amazon, Microsoft, Tesla, Twitter, Google, Facebook, Boeing, Procter & Gamble, Pfizer, Coca-Cola, General Motors, Ford, McDonald, Burger, die großen US-Banken und Hedgefonds, Visa, Mastercard, Paypal, auch die US-Landwirtschaft, Öl- und Gaskonzerne, LNG

2. Wie gestaltet sich der Waren- und Dienstleistungs-Austausch zwischen den USA und der EU aktuell?

2023 exportierten EU-Unternehmen Waren im Wert von 503 Milliarden Euro in die USA. US-Unternehmen exportierten Waren (Bergbau, Industrie, Landwirtschaft) im Wert von 347 Mrd. Euro in die EU. Ergibt einen Überschuss der EU von 157 Mrd. Euro.

Im Handel mit Dienstleistungen (IT-Dienste, Streaming-Dienste und andere Internet-Dienstleistungen, Musik, Filme, Finanzdienste etc.) exportierten US-Unternehmen Dienstleistungen in Höhe von 427 Mrd. Euro in die EU, umgekehrt EU-Unternehmen für 319 Mrd. Euro in die USA. Macht einen US-Überschuss bei Dienstleistungen aller Art von 109 Mrd. Euro.

Zusammen erzielte die EU also einen Überschuss von 48 Mrd. Euro im Jahr, bei einem Handel von Waren und Dienstleistungen zwischen den USA und der EU von täglich 4,4 Mrd. Euro.
(Quelle: EU trade relations with United States, 13.2.2025)

3. Warum dann jetzt diese Wendung? Und warum ist sie auch noch populär, in Teilen der USA, aber auch hierzulande, siehe die Reaktionen der AfD auf Trump? Meine These: Weil es im Wirtschaftsleben, auch im internationalen Handel, immer Gewinner und Verlierer gibt. Und im Lager der Verlierer oder derer, die sich dafür halten, fischen auch Leute wie Trump, AfD etc.

Das springt schon bei David Ricardo scheinbar ins Auge. Sein Beispiel war 1817 und später der Austausch zwischen britischem Tuch und portugiesischem Wein. Und ganz offensichtlich wurde das Vereinigte Königreich durch diesen Handel reich, Portugal dagegen blieb eher arm. Ricardo selbst kannte sich mit seinem Thema seinerzeit gut aus. Sein Vater war einer der reichsten Börsenmakler seiner Zeit in London, seine Familie stammte ursprünglich aus Portugal. Ricardo konnte die Wirkungen auf beiden Seiten der Handelsbeziehung praktisch beobachten.

Tatsächlich hilft auch hier der genauere Blick. So wurden portugiesische Weingutbesitzer und Wein-Exportfirmen durchaus reich, Beschäftigte im Weinbau, im Transport des Weins etc. dagegen blieben arm.

Ebensogut erging es bekanntlich den britischen Textilfirmen und Reedereien auf der einen, sehr viel schlechter dagegen den Beschäf-

tigten, oft Frauen und Kinder, in der britischen Textilindustrie auf der anderen Seite. „Volkswirtschaftlicher“ Vorteil ging also einher mit tiefer sozialer Spaltung.

4. Die Nobelpreisträger*innen für Wirtschaft in den Jahren 2019 und 2024 haben dieses Thema, die ungleiche Wirkung des internationalen Handels und der internationalen Arbeitsteilung, in ihren aktuellen Schriften übrigens ebenfalls genauer untersucht.

Sie sind vermutlich weniger bekannt als Marx und Ricardo, deshalb soll hier genauer auf sie hingewiesen werden. Zum Glück sind inzwischen ihre Schriften auch in deutscher Sprache erhältlich. Es handelt sich um:



Abhijit V. Banerjee
Esther Duflo

Gute
Ökonomie
für
harte
Zeiten

Sechs
Überlebensfragen
und wie wir sie
besser lösen können

- Abhijit V. Banerjee und Esther Duflo, (Nobelpreis 2019 mit Michael Kremer für ihren experimentellen Ansatz zur Linderung der weltweiten Armut) „Gute Ökonomie für harte Zeiten“, Penguin Verlag 2020

- Daron Acemoglu und James A. Robinson (mit Simon Johnson Nobelpreis 2024 für ihre Arbeiten zum Wohlstandsgefälle zwischen den Nationen), „Gleichgewicht der Macht“, S. Fischer Verlag 2019

Hier ein paar Zitate aus dem oben genannten Buch von Banerjee/Duflo, in dem sie sich auch schon direkt mit den damals schon bekannten Positionen von Trump auseinandersetzen:

„Die Tatsache, die nicht sein durfte ... In der Stolper-Samuelson-schen Weltsicht gibt es einen einheitlichen Lohn für alle Arbeiter mit gleicher Qualifikation. Der Lohn eines Arbeiters hängt nicht von seinem Wirtschaftszweig oder seiner Region ab, sondern nur von dem, was er an Kompetenzen mitbringt. Dies liegt daran, dass der Stahlarbeiter in Pennsylvania, der aufgrund ausländischer Wettbewerber seinen Job verliert, sofort dorthin ziehen sollte, wo er Arbeit finden kann, nach Montana oder nach Missouri, sei es als Küchenhilfe, sei es in einem metallverarbeitenden Betrieb. Nach kurzen Anpassungsphasen werden alle Arbeitskräfte mit der gleichen Qualifikation das Gleiche verdienen ...“

Arbeitsmärkte sind jedoch tendenziell starr. Viele Menschen ziehen nicht fort, obwohl die Arbeitsbedingungen ihnen dies nahelegen würden, und folglich werden Löhne nicht automatisch angeglichen.“ (S. 99f)

„Der China-Schock ... Den US-Pendlerzonen ging es sehr unterschiedlich, je nachdem, was sie produzierten. In den Zonen, die stärker von dem China-Schock betroffen waren, ging die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe viel deutlicher zurück ... Diejenigen, die ihre Arbeitsplätze verloren, schnallten den Gürtel enger, was die Konjunktur in der betroffenen Region noch weiter dämpfte. Die Beschäftigung außerhalb des verarbeitenden Gewerbes hat die Lücke nicht ausgefüllt. ... Auch die Löhne sanken in diesen Gebieten ... insbesondere für Geringverdiener. (S. 128) ... Diese Erfahrung betrifft nicht nur die Vereinigten Staaten, Spanien, Norwegen und Deutschland wurden ... in ähnlicher Weise in Mitleidenschaft gezogen. In jedem Fall wurde aus der Trägheit der wirtschaftlichen Anpassungsprozesse eine Falle, aus der es so schnell kein Entkommen gab.“ (S. 129)

„Clusterf**k ... Die Bildung von Branchenclustern verschärft das Problem... Entlassene Arbeitnehmer geben weniger Geld bei lokalen Unternehmen aus, etwa in Einzelhandelsgeschäften und Restaurants. Der Wert ihrer Häuser geht zurück und bricht manchmal sogar in katastrophaler Weise ein, da der Wert eines Hauses in hohem Maße davon abhängt, wie gut die Nachbarschaft in Schuss gehalten wird.“ (S. 129)

„Lohnt sich Handel? Donald Trump behauptet, die Lösung für die negativen Effekte des Außenhandels seien Zölle. Er begrüßte einen Handelskrieg ... Unterdessen schütteln Ökonomen fassungslos den Kopf. Sie beschworen das Schreckgespenst des ‚schlimmsten Zolls überhaupt‘, des Smooth-Hawley-Tariff Act, der im Jahr 1930 einen globalen Handelskrieg auslöste ... Allerdings gibt es noch etwas anderes, was Ökonomen wissen, aber was sie gern für sich behalten: Die Außenhandelsgewinne insgesamt sind für eine große Volkswirtschaft wie die Vereinigten Staaten ... recht gering ... Wenn die USA zu volliger Autarkie zurückkehrten, wären sie ärmer. Aber nicht viel ärmer.“ (S. 135f.)

„Man sollte keinen Handelskrieg vom Zaun brechen. ... Die erste Folge eines Handelskriegs mit China wird ... wahrscheinlich ein Arbeitsplatzverlust in der Landwirtschaft und in den sie unterstützenden Wirtschaftszweigen sein ... Die fünf Bundesstaaten mit den meisten Beschäftigten in der Landwirtschaft sind Kalifornien, Iowa, Louisiana, Alabama und Florida ... Alabama und Louisiana sind zwei der zehn ärmsten Bundesstaaten in den Vereinigten Staaten, und ein Handelskrieg würde ihnen einen enormen Schaden zufügen.“ (S. 145f.)

Ähnliche Erfahrungen haben wir auch hierzulande.

- Die Montankrise in NRW und im Saarland war und ist sehr viel langwieriger als erwartet.
- Länder wie Bremen (Werftenkrise in den 1980er Jahren) und Berlin (Industrie-Absturz nach der Wende 1990) sind seit über 25 Jahren die Bundesländer mit den höchsten Arbeitslosenraten bundesweit.
- Die ostdeutschen Bundesländer sind auch 35 Jahre nach der Wende noch immer die Bundesländer mit den niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen bundesweit.

Generell gilt dabei auch: Sozial am härtesten betroffen von solchen Veränderungsprozessen – ob durch internationalen Handel, Zollkriege oder auch durch technologische Innovationen – sind Menschen mit ohnehin niedrigen Einkommen, oft verbunden mit

Immobilität und niedriger Qualifikation, während Menschen mit Abitur und akademischen Abschlüssen mobiler sind und insgesamt auch eher weniger Nachteile erleiden.

Klassiker in der US-Wahrnehmung für solche Prozesse sind die Appalachen von Kentucky, ein früheres Kohlebergbaugebiet, in dem in der Hoch-Zeit des Kohlebergbaus 1940 noch 75000 Menschen lebten. Heute leben hier noch rund 27000 Menschen. Armuts- und Arbeitslosenquoten sind in dieser Region bis heute doppelt so hoch wie im nationalen Durchschnitt, die Zahl der Drogenkranke noch höher. (So ein Bericht der „Deutschen Welle“ vom 9.9.2018.) Der heutige Vizepräsident J.D. Vance hat den Menschen in den Appalachen 2016 mit seinem in Teilen biografischen Buch „Hillbilly Elegie“ ein Denkmal gesetzt.

Donald Trump hatte den Menschen in dieser Region in seiner ersten Legislatur versprochen, mit Zöllen gegen Kohleimporte zu helfen. Das änderte nichts. Dennoch behauptete Trump im Juli 2018, der Kampf gegen die Armut sei „erfolgreich“ und „so gut wie beendet“. Das klang für die Menschen in den Appalachen wie Hohn. (Quelle DW, 9.9.2018)

Tatsächlich ist schon das Bild vom „einheitlichen Binnenmarkt“ der Versuch einer vereinfachten Darstellung und nicht genau. „Einheitlich“ ist an fast allen flächenmäßig größeren Binnenmärkten zumeist nur die Währung, und selbst die ist bekanntlich schon in der EU nicht einheitlich. In Wirklichkeit sind solche „Binnenmärkte“ meist eine Vielzahl örtlicher, regional und überregional sich überlappender Märkte, je nach Produkt und Dienstleistung, zum Teil sogar je nach Jahreszeit. Entsprechend unterschiedlich, aber immer schädlich wirken Zölle an den Außengrenzen dieser Märkte.

5. Noch einmal zurück zu Donald Trump. In seiner Antrittsrede Ende Januar 2025 hatte er unter anderem angekündigt:

„Ich werde sofort mit der Überholung unseres Handelssystems beginnen, um amerikanische Arbeitnehmer und ihre Familien zu schützen. Anstelle dessen, dass wir unsere Staatsbürger besteuern, um andere Länder zu bereichern, werden wir andere Länder ▶

Tätigkeiten und Vorhaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). MATTHIAS PAYKOWSKI. Karlsruhe.

Vom 10. bis 20. März 2025 führte der Verwaltungsrat der ILO seine 353. Tagung in Genf durch. Neben der jährlichen Berichterstattung und Überprüfung zum Stand der „grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit“ sah die Tagesordnung (1) neben den regelmäßig erstellten Länderberichten auch vor:

- den „Fortschrittsbericht über die Umsetzung der IAO-Strategie für menschenwürdige Arbeit in Lieferketten“;
- ein „lokales Rahmenwerk für Chemikalien – für eine Welt ohne Schäden durch Chemikalien und Abfälle ...“;
- einen Bericht zu „Agenda und Maßnahmen der IAO für eine faire Migration“ (2)

- und auch eine Stellungnahme zu: „Entwicklungen bei der Anwendung der Entschließung über die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation.“ (3)

Hier sei kurz auf GB.353/INS/5 hingewiesen, da die ILO das globale Rahmenwerk für Chemikalien zu einem Schwerpunkt ihrer weltweiten Arbeit erklärt hat: „Der sachgerechte Umgang mit Chemikalien und Abfällen ist unmittelbar mit der Arbeitswelt verbunden. Arbeitnehmer, von denen jedes Jahr mehr als eine Million infolge von Exposition gegenüber gefährlichen Chemikalien ihr Leben verlieren, sind besonders stark davon betroffen. Die Einrichtungen der Arbeitswelt können

eine Schlüsselrolle bei der Förderung von Innovationen im Bereich der grünen Chemie spielen, indem sie sich für sicherere nationale und betriebliche Maßnahmen einsetzen und einen gerechten Übergang zu gesünderen und nachhaltigeren Unternehmen fördern.“ (4)

Die Tagung diente auch der Vorbereitung der Vollversammlung, der 113. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz vom 2. bis 13. Juni 2025.

Dort soll u.a. zu folgende Themen beraten werden:

IV. Schutz gegen biologische Gefahren (Normensetzung – zweite Beratung) in Fachausschüssen

V. Menschenwürdige Arbeit in der Plattformökonomie (Normensetzung – erste Beratung)

VI. Innovative Ansätze für die Bekämpfung von Informalität (5) und die Förderung von Übergängen zur Formalität zugunsten von menschenwürdiger Arbeit (allgemeine Aussprache).

Außerdem bereitet die ILO ihren Beitrag vor zum „Zweiter Weltgipfel für soziale Entwicklung“ vor, der im November 2025 in Katar stattfindet, sowie zur „Sechsten Weltkonferenz zur Beseitigung von Kinderarbeit“, die im 2. Quartal 2026 stattfinden soll.

Quellen: 1. GB.353/Agenda https://www.ilo.org/sites/default/files/2025-02/GB353-Agenda-Rev2-%5BRELMEETINGS-250211-001%5D-Web-GE_0.pdf 2. GB.353/POL/1 https://www.ilo.org/sites/default/files/2025-02/GB353-POL-1-%5BWORKQ-241220-001%5D-Web-GE_0.pdf 3. GB.353/INS/13 https://www.ilo.org/sites/default/files/2025-02/GB353-INS-13-%5BEUROPE-241219-001%5D-Web-GE_0.pdf 4. GB.353/INS/5 <https://www.ilo.org/sites/default/files/2025-02/GB353-INS-5-%5BGOVERNANCE-241218-001%5D-Web-GE.pdf> 5. Informalität bezeichnet den Sektor der Volkswirtschaft, der gekennzeichnet ist durch kleine Betriebsgrößen, keine rechtliche und soziale Absicherung, schlechte Bezahlung, oft menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, geringe Qualifikation, kaum gewerkschaftlich organisiert. Die ILO schätzt, dass weltweit 60 % der Beschäftigten im informellen Sektor arbeiten. Siehe dazu auch: https://www.ilo.org/sites/default/files/wcm5/groups/public/%40ed_norm/%40relconf/documents/meetingdocument/wcms_427369.pdf

► mit Zöllen belegen und Besteueren, um unsere Staatsbürger zu bereichern. (...) Es werden riesige Geldbeträge aus ausländischen Quellen in unsere Staatskasse fließen.“ (zit. nach der Übersetzung auf www.spiegel.de vom 21.1.2025)

Das zeigt seine unterkomplexe, oft binäre, in diesem Fall auch noch weitgehend fiskalische Betrachtung des Außenhandels: Zölle erhöhen die Einnahmen der US-Regierung und bieten im Fall von wirklich gigantischen Zolleinnahmen, von denen Trump gerne schwärmt, sogar die Möglichkeit zu Steuersenkungen, Importe beschädigen angeblich durchweg die US-Wirtschaft und gefährden damit Arbeitsplätze in den USA. Man mag darüber den Kopf schütteln, aber so denkt er.

6. Welche Folgen sind tatsächlich zu erwarten?

China, die EU und andere werden, wie angekündigt und zum Teil bereits vollzogen, ihrerseits mit Zöllen und dem Abbau von Freihandel reagieren.

Das bedeutet eine Abkehr von den bestehenden Regeln des GATT, der WTO und der UNO für die internationale Arbeitsteilung, eine Rückkehr zu Machtpolitik und Faustrecht im internationalen Handel.

Ohnehin reiche und mächtige Staaten und/oder Staatenblöcke werden versuchen, ihren Reichtum zu verteidigen und auszubauen, zu erheblichen Teilen auch durch schlichten Raub und Erpressung. Opfer dieser Entwicklung sind mit hoher Wahrscheinlichkeit Menschen und Regionen mit ohnehin niedrigen Einkommen und oft auch geringeren Qualifikationen in diesen großen Staaten oder Staatenblöcken, vor allem aber die Menschen in kleineren, wirtschaftlich schwächeren Staaten, die im Ergebnis langsamer aufholen können.

Ob am Ende diese Zollkriege zu einer dauerhaft anderen Verteilung der Ressourcen, d.h. zu mehr Investitionen und mehr Produktion z.B. in den USA führen, bleibt abzuwarten.

Für die Staatshaushalte der USA, der EU usw. bedeuten mehr Zölle zunächst, rein fiskalisch betrachtet höhere Einnahmen. In der EU gehen davon 25% an die zolleinnehmenden Einzelstaaten, also vermutlich nach Frankreich, Belgien, Niederlande und Deutschland. 2023 nahm die EU 22 Milliarden Euro aus Zöllen ein.

Bezahlen werden dafür die Endverbraucher mit einem höheren Preisniveau für Produkte, die mit Zoll belegt bzw. geschützt sind. In

(R. Lötzer, überarbeitete Version eines Vortrags für die Tagung „Emanzipatorische Arbeitspolitik“ am 22. März 2025. Berlin, den 17.4.25)

Deutschland können die Unternehmen Zölle als Betriebsausgaben steuerlich absetzen. In anderen EU-Ländern und den USA dürfen ähnliche Steuervorteile gelten. Staaten mit einem weniger entwickelten Steuersystem werden das nicht so handhaben können. „Wenn die Elefanten (oder Büffel) kämpfen, leidet das Gras“. Regionalpolitik, aktive Arbeitsmarktpolitik, Industriepolitik werden unter diesen Umständen wichtiger denn je.

Zusammengefasst:

1. Zölle wirken wie indirekte Steuern. Am Ende zahlen die Endverbraucher durch höhere Preise. Ihre Realeinkommen sinken.

2. Zölle machen ökonomisch nur Sinn für wirtschaftlich wenig entwickelte Länder, die aufholen und ihre (vergleichsweise jungen) Industrien gegen die Übermacht von Konzernen aus reichen Ländern schützen wollen. So sind sie auch in den Regeln der WTO erlaubt. Für ohnehin reiche und hochentwickelte Länder sind sie immer nur ein Versuch, noch reicher zu werden auf Kosten aufholender Länder.

3. Zölle in reichen Ländern bergen immer die Gefahr von Fehlallokationen. Sie schützen alte Industrie gegen neue, sowohl im eigenen Land wie in anderen Ländern. Das bremst Innovationen und Strukturwandel und verringert das Wachstum Weltweit rechnet die OECD für dieses Jahr mit 0,2 Prozent weniger Wachstum durch Trumps Zollkrieg.

4. Ob am Ende in einem reichen Land wie den USA „mehr Jobs“ und weniger Armut die Folge ist, wie von Trump behauptet, ist bestenfalls zweifelhaft. Beispiel Aluminium und Stahl: Der Chef des US-Aluminiumkonzerns ALCOA hat Trumps Zölle gegen Kanada heftig kritisiert. Diese würden vor allem Alcoa (Sitz in Pittsburgh, USA) selbst schaden und seinen vielen Werken in Kanada. Beispiel Stahl: Wenn die Stahlpreise in den USA wegen Zöllen steigen, können industrielle Abnehmer von Stahl (Fahrzeuge, Werften, Schienenhersteller, Maschinenbauer, Hersteller von Küchengeräten etc.) abwandern, so dass in Wirklichkeit die Stahlproduktion in den USA bald sinkt. Am Ende könnten bis zu 100 000 Jobs in den USA wegfallen.

5. Auf jeden Fall beschädigen Zölle internationale Lieferketten, die internationale Arbeitsteilung und jede Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil.

Spanien: Wirtschaft und Arbeitsmarkt

CLAUS SEITZ, san Sebastian

Die deutsche Presse spart in Bezug auf die spanische Wirtschaft neuerdings nicht mit Superlativen wie „Das spanische Wirtschaftswunder“, „Wachstumslokomotive Europas“, „neues wirtschaftliches Erfolgsmodell Europas“ und bezieht sich damit auf positive Bewertungen von OECD, Weltwährungsfonds, etc. Tatsächlich ist das spanische Bruttoinlandsprodukt seit 2020 stark gewachsen, 2024 um 3,2%. Für das laufende Jahr prognostiziert die spanische Zentralbank erneut + 2,5%.

Die Mitgliedschaft in der spanischen Sozialversicherung lag im Februar 2025 beim Höchstwert von über 21,4 Millionen Erwerbstätigen, seit Inkrafttreten der Arbeitsmarktreform in 2022 ein Anstieg um 1,6 Millionen. In demselben Monat liegt die spanische Arbeitslosenquote bei 12% (2,59 Millionen). Sie ist damit zwar immer noch doppelt so hoch wie der europäische Durchschnitt, aber gleichzeitig in Spanien der niedrigste Wert in einem Februarmonat seit 2008, zu Februar 2024 ein Rückgang um 6 %. Der Jahres-Durchschnittslohn in Spanien hat – nach schweren Verlusten während der Pandemie – seit 2022 wieder 578 Euro an Kaufkraft gewonnen (allerdings regional sehr unterschiedlich).

2024 verzeichnete Spanien mit 94 Millionen ausländischen Touristen einen neuen Besucherrekord. Der Tourismus bleibt ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung der spanischen Wirtschaft. Nach Ansicht der OECD fällt jedoch das dynamische Wachstum im Export von Serviceleistungen wie Beratung, Informations- und Kommunikationstechnologie, Finanzdienstleistungen noch stärker ins Gewicht.

Geschätzt wird, dass über 50 % des Wachstums auf die durch den Zufluss der Gelder aus den EU-Fonds angeschobene öffentliche Nachfrage zurückzuführen sei. Insbesondere in die Industrie, die Energiebranche, in Technologie und Telekommunikation fließen erhebliche ausländische Direktinvestitionen.

Große Fortschritte konnten bei der digitalen Transformation, bei grüner Industrie und der Entwicklung moderner Infrastrukturen gemacht werden. Die Solar- und Windenergie wurde massiv ausgebaut. Mehr als die Hälfte der gesamten spanischen Energieproduktion stammt inzwischen aus nachhaltigen Quellen und verbilligt die Energiekosten spürbar. Die Kapazität der Erzeugung billiger, erneuerbarer Energie und eine ausgebauten Infrastruktur mit Lichtfaserkabeln verwandeln Spanien z.B. in

einen bevorzugten Standort für die Ansiedlung großer Datenzentren (IA) von Meta, Amazon, Microsoft, etc. in der Region Madrid, in Aragonien (rund um Zaragoza) und in Kastilien-La Mancha.

Daneben verweist die OECD insbesondere auf einen robusten internen Konsum basierend auf Beschäftigungs- und Einkom-

menswachstum. Der Arbeitsmarkt sei nicht so angespannt wie in anderen europäischen Ländern wegen des höheren Angebots disponibler Arbeitskraft (Frauen, Immigration). Für den Erhalt eines langfristigen Wachstums seien Kapitalwachstum und Investitionen zur Produktivitätssteigerung und für Strukturreformen entscheidend.

Wirtschafts- und Arbeitspolitik der spanischen Linksregierung

Am 7.10.2020 stellte die spanische Regierung die Hauptlinien ihres – mit der EU-Kommission vereinbarten – Plans zur Wiederbelebung der spanischen Wirtschaft vor: Von den 140 Mrd. Euro, die das Land 2021 bis 2026 aus den europäischen Fonds erhalten sollte, sollten 72 Mrd. in den ersten drei Jahren investiert werden, vor allem in die Bereiche Klimawandel und Umwelt (37 %) und digitaler Wandel (33 %), daneben in Maßnahmen für die Stärkung des sozialen und territorialen Zusammenhalts und für die Gleichstellung der Geschlechter. Als Ziele genannt wurden eine großangelegte, tiefgehende Modernisierung der spanischen Wirtschaft und eine Schließung der Lücke zu anderen europäischen Ländern um zwei Drittel. Die EU-Kommission verband die Auszahlung der Mittel aus den EU-Fonds mit der Durchführung einer Vielzahl politischer Reformen, insbesondere der Arbeitsreform und der Reform des spanischen Rentensystems.

Arbeitsreform

Mit der Arbeitsreform wurden die Gründe für den Abschluss befristeter Arbeitsverträge eingegrenzt und unterschiedliche Typen von befristeten Arbeitsverträgen, insbesondere der Arbeits- und Servicevertrag, eliminiert. Die Aneinanderreichung befristeter Arbeitsverträge wurde begrenzt. Insbesondere für

die Hotellerie und die Bauwirtschaft wurde der „unstetige, aber feste“ Arbeitsvertrag eingeführt, der die unstetige, befristete Beschäftigung in ein stabiles Arbeitsverhältnis verwandelte, verbunden mit dem Recht auf Arbeitslosengeldbezug und Abfindung bei Einlassung.

Seit der Reform ist der Anteil befristeter Arbeitsverträge in der Privatwirtschaft von 26,3 % auf 11,9 % gesunken. „Wir machen Schluss mit der schädlichen Erscheinung der Rotation. Es handelt sich um die bedeutendste Veränderung unseres Arbeitsmarkts in den letzten Jahren. Durch die Arbeitsreform wird mehr Beschäftigung und vor allem stabile Beschäftigung geschaffen“, so Joaquín Pérez Rey, Staatssekretär im Arbeitsministerium. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeitsreform war die Einführung des Instruments Mecanismo Red für zyklische Krisen oder Branchenkrisen (entsprechend dem Instrument Kurzarbeit in Deutschland).

Mindestlohn

Seit 2018 hob die Linksregierung den interprofessionellen Mindestlohn (SMI) um 61 Prozent von 736 auf 1184 Euro (14 Monatszahlungen) an. Er entspricht heute ca. 60% des spanischen Durchschnittslohns. Die Preisentwicklung im selben Zeitraum wurde damit um etwa 40 Punkte übertroffen. Die Erhöhung des

Regierungsprojekt: Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit auf 37,5 Wochenstunden CLAUS SEITZ, San Sebastian

Die Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit auf 37,5 Stunden ist die wohl wichtigste Maßnahme, um deren Aufnahme in das Regierungsprogramm Sumar kämpfte.

Im Dezember 2024 wurde ein entsprechendes Abkommen mit den Gewerkschaften CCOO und UGT mit folgenden Inhalten geschlossen:

- Senkung der Höchstdauer der gesetzlichen Wochenarbeitszeit von 40 auf 37,5 Stunden („effektive Wochenarbeitszeit im Jahresdurchschnitt“) bei vollem Lohnausgleich
- Maximal 80 Überstunden/Jahr (wie bisher).
- Tägliche, obligatorische Erfassung der Arbeitszeit. Dokumentation für die Arbeitnehmer, Zugriff für die Arbeitsinspektion
- Bei Überschreitung des Gesetzes Strafen bis zu 10 000 Euro (pro Person)
- Gewährleistung des Rechts der Arbeitnehmer, außerhalb der Arbeitszeit nicht erreichbar zu sein.
- Umsetzung des Gesetzes bis zum 31.12.2025
- Einrichtung eines Runden Tisches des sozialen Dialogs zur Bewertung der Ergebnisse der Arbeitszeitverkürzung

Reichweite des Gesetzes: Die Maßnahme würde 12,5 Mio. Beschäftigten zugutekommen, bei 4,4 Mio. von ihnen würde die Arbeitszeit um mind. eineinhalb Stunden reduziert. 13,5 % aller Beschäftigten arbeiten per Kollektivverträgen heute bereits 37,5 Stunden oder kürzer

Argumentation der Arbeitsministerin Yolanda Díaz (Sumar): „Wir sind die Wirtschaft mit dem höchsten Wachstum in Europa. Warum wollen Sie das nicht teilen?“

„Ich denke, der spanische Arbeitgeber muss erklären, warum er die arbeitenden Frauen bestrafen will, denn das Gesetz hat geschlechtsspezifische Auswirkungen: Kassiererinnen,

Angestellte, Regalauffüllerinnen, Beschäftigte in der Landwirtschaft würden am meisten profitieren. Viele Arbeitnehmer haben bereits die 37,5 Wochenstunden in ihren Verträgen. Wir wollen kein Land mit Arbeitern erster und zweiter Klasse. Im öffentlichen Dienst und in vielen Sektoren gibt es diese Arbeitszeit bereits. Es ist ein Vorschlag, der direkt die prekären Sektoren betrifft und hauptsächlich Frauen.“

Der Arbeitgeberverband CEOE lehnt die Verkürzung ab und weist darauf hin, dass einige EU-Länder wie Griechenland die Regelarbeitszeit erhöht hätten. In 25 EU-Ländern gebe es noch die gesetzliche Höchstarbeitszeit von 40 Stunden. Die Dauer der Wochenarbeitszeit sollte in Tarifverträgen geregelt werden und nicht auf gesetzlicher Ebene. In den produktiven Branchen, die in kürzerer Zeit mehr leisten könnten, sei die vereinbarte Arbeitszeit bereits ohne gesetzliche Änderungen reduziert worden. Gewerkschaften und Ministerium hielten dagegen, dass gerade dies die Notwendigkeit einer Gesetzesänderung erhöhe, da die Tarifverhandlungen in den prekärsten Branchen nie zu einer Verkürzung der Arbeitszeit führen würden.

Politische Lage: Die Opposition (PP und Vox) lehnt die Arbeitszeitverkürzung ab. Die Zustimmung zum Gesetz hängt davon ab, dass jede der Parteien, die das Regierungsbündnis bilden, zustimmt. Voraussichtlich wird die Position von Junts per Catalunya, die traditionell die Interessen der katalanischen Unternehmer vertritt, entscheidend sein.

Die Regierung bietet für eine Übergangsphase direkte Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen an, Boni bei Neueinstellungen oder andere direkte Hilfen bei der Digitalisierung der Arbeitszeiterfassung.

- SMI hat dazu beigetragen, die wirtschaftlichen Bedingungen der schwächsten Arbeitnehmer, darunter mehrheitlich Frauen, zu verbessern.

Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe

Der Anteil der Arbeitslosen, der Arbeitslosengeld erhält, ist mit 74,1 % auf dem höchsten Niveau der letzten 14 Jahre. Das Recht auf Bezug von Arbeitslosengeld wurde ausgeweitet, in dem neue Gruppen wie z.B. Hausangestellte und Künstler aufgenommen wurden. Die Intensität des Schutzes wurde für 45-Jährige ohne Familienzuschlag und für alle Geringverdiener erhöht. Die Arbeitslosenhilfe wurde für Arbeitslose unter 52 Jahren um bis zu 90 Euro (maximal 570 Euro) erhöht.

Veränderungen in der spanischen Unternehmensstruktur

Das Unternehmensgefüge in Spanien verändert sich: Große Unternehmen akkumulieren einen immer größeren Anteil an der Gesamtbeschäftigung, während kleine Unternehmen einen immer kleineren Anteil beschäftigen. Ende 2024 beschäftigten Unternehmen ab 250 Beschäftigten 43 Prozent der Beschäftigten – fünf Prozentpunkte mehr als vor zehn Jahren – ein Trend, der sich allmählich, von Jahr zu Jahr fortsetzt. Seit 2021 ist die Anzahl der Unternehmen mit 1 oder 2 Beschäftigten um 1,6 % gesunken, die von 250 bis 499 Beschäftigte um 17,4 %, die ab 500 Beschäftigte um 15 % gestiegen.

Der Analyst des spanischen Think-Tank Fedea, Michael Conde-Ruiz, glaubt, dass die Erhöhung des Mindestlohns die schlechtere Performance kleinerer Unternehmen erklärt. Sie haben es schwerer, wettbewerbsfähig zu sein, und die großen gewinnen Marktanteile. Viele kleine Unternehmen arbeiten nicht effizient und überleben nur auf Grund niedriger Kosten (Löhne). „Bessere Arbeitsbedingungen“ hätten auch Einfluss darauf, „dass Betriebsräte funktionieren, dass die Verhandlungsmacht der Belegschaften größer ist“. Laut einer Studie des Nationalen Amts für Statistik von 2023 werden in Betrieben mit einem bis

zehn Beschäftigten 1 682 Euro brutto im Monat verdient, in den Betrieben mit 250 oder mehr Beschäftigten 3 009 Euro.

Nach Ansicht des Arbeitsministeriums setzen die Erhöhungen des Mindestlohns und die Arbeitsmarktreform eine Grenze für den Wettbewerb mit schlechter Qualität und bewirken eine Verlagerung der Arbeitnehmer in größere und wettbewerbsfähigeren Unternehmen. Das Ministerium argumentiert, dass die Arbeitszeitverkürzung, sollte sie genehmigt werden, in den gleichen Trend münden würde, der auch auf sektoraler Ebene festgestellt wird: Tätigkeiten mit höherer Wertschöpfung (mit kürzeren vereinbarten Arbeitszeiten und besseren Löhnen) erfahren eine Beschleunigung der Beschäftigung in den letzten Jahren, während die weniger entwickelten Sektoren an Gewicht in der spanischen Wirtschaft verlieren.

Beschäftigung junger Arbeitnehmer

Die unter 24-Jährigen stellen nur 6% der Erwerbsbevölkerung, aber haben 22 % der neuen Arbeitsplätze besetzt. Eduardo Magaldi (UGT): „Ich glaube, dass die Arbeitsmarktreform, die ungerechtfertigten Zeitarbeitsverträgen ein Ende setzt, dazu beiträgt, dass viele junge Menschen, die früher in den Arbeitsmarkt ein- und ausstiegen, jetzt eine stabilere Karriere haben. Darüber hinaus werden viele spezifische Stellen für neue Qualifikationen geschaffen, die ältere Menschen nicht abdecken.“ Auch der starke Rückgang der Schulabbrecher und die Stärkung der Berufsausbildung tragen dazu bei.

Weiter bestehende Probleme

Aus Sicht von Arbeitsministerin Yolanda Díaz: „Das Wichtigste ist die Ungleichheit, eine Belastung für unser Land. Wir haben sie reduziert, aber wir geben uns nicht damit zufrieden. Die Mehrheit der Teilzeitarbeit in Spanien ist immer noch ungewollt und die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien (25 %) nach wie vor die höchste in Europa.“ Die Unternehmen fordert sie dazu auf, die „sehr moderaten“ Löhne zu verbessern. „Ein Land, das auf Niedriglöhnen gebaut wird, ist wirtschaftlich nicht effizient.“

Andauernder Konflikt mit Glovo

CLAUS SEITZ, San Sebastian

2020 beschied das Verfassungsgericht, dass Fahrradkuriere als Arbeitnehmer zu beschäftigen seien. 2021 verabschiedete die Regierung das Rider-Gesetz mit dem Ziel, den systematischen Missbrauch von Scheinselbstständigen unter den großen Online-Bestell- und Lieferplattformen zu beenden.

Mittlerweile wurde in zahlreichen Urteilen Glovo, die größte Zustellplattform auf dem spanischen Markt, zu mehr als 200 Mio. Euro Strafen verurteilt, weil sie die Zusteller weiterhin als Scheinselbstständige einstellt. Glovo beschäftigt 15 000 Zusteller (ohne Erfassung der irregulären Arbeiter in Subverträgen).

Die Regierung änderte zudem das Strafgesetzbuch. Unternehmer können jetzt wegen Missbrauchs der Situation ihrer Mitarbeiter und Verletzung deren Rechte mit Freiheitsstrafen von sechs Monaten bis zu sechs Jahren belegt werden.

Am 2.12.24 wurde Glovo von der Konkurrenz-Firma Just Eat wegen „unlauteren Wettbewerbs und der Einstellung von Scheinselbstständigen“ verklagt. Just Eat fordert insgesamt 295 Millionen Euro Schadenersatz, sie schätzt, dass Glovo in den letzten Jahren durch die Einstellung von Scheinselbstständigen mehr

als 645 Millionen Euro eingespart hat, „was Glovo einen erheblichen Wettbewerbsvorteil verschafft hat“. Just Eat beschäftigt mehr als 2 500 Mitarbeiter und war die erste Plattform, die im Dezember 2021 einen Tarifvertrag mit den Gewerkschaften unterzeichnete. Die Klage wurde vom Gericht zugelassen.

Am 3.12.24 musste sich Oscar Pierre, oberster Manager von Glovo, erstmals in einem Ermittlungsverfahren vor einem Gericht in Barcelona wegen eines mutmaßlichen Verstoßes gegen die Arbeitnehmerrechte erklären, nachdem er von der Staatsanwaltschaft auf Basis von der Arbeitsinspektion vorgelegter Fakten angezeigt worden war. Am Tag zuvor kündigte Glovo eine historische Wende seiner Strategie an. Das Modell der Scheinselbstständigkeit solle aufgegeben werden. Delivery Hero (deutsche Muttergesellschaft von Glovo) soll bis zu 400 Millionen Euro für mögliche Bußgelder und zusätzliche Belastungen zurückgestellt haben.

Zu den bereits eingeleiteten Sanktionsverfahren gegen Glovo sagte Arbeitsministerin Díaz: „Die Last des Gesetzes wird auf sie fallen. Die Rechtmäßigkeit wird durchgesetzt und alle Verfahren werden bearbeitet“.



Foto – Fahrradkurier in Spanien

Europäische Wirtschafts- und Industriepolitik – Funktionsweise und aktuelle Ausrichtung

Rolf Gehring, Brüssel

Das Ziel einer Koordination der Wirtschafts- und Industriepolitik der EU-Mitgliedstaaten und die relevanten Verfahren werden im Lissabon-Vertrag geregelt. Die Staaten „koordinieren ihre Wirtschaftspolitik innerhalb der Union ... der Rat (erlässt) Maßnahmen, ... beschließt die Grundzüge dieser Politik.“ Im Normalfall geht die Initiative von den Mitgliedsstaaten aus, der EU-Rat als Institution der Mitgliedsstaaten fasst Beschluss, auf dessen Basis die Kommission tätig wird.

Ähnlich werden die Steuerungsverfahren im Kapitel „XVII. Industrie“ ausformuliert (Artikel 173 (2)). „Die Mitgliedstaaten konsultieren einander in Verbindung mit der Kommission und koordinieren, soweit erforderlich, ihre Maßnahmen. Die Kommission kann alle Initiativen ergreifen, die dieser Koordinierung förderlich sind, insbesondere Initiativen, die darauf abzielen, Leitlinien und Indikatoren festzulegen, den Austausch bewährter Verfahren durchzuführen und die erforderlichen Elemente für eine regelmäßige Überwachung und Bewertung auszuarbeiten.“

Auf dem Weg zu weitreichender Koordination

In den 1980er Jahren waren vor allem Fragen eines funktionierenden Binnenmarktes zentral, etwa Normsetzung und ihre gegenseitige Anerkennung. Nach und nach hat sich die Zahl der materiellen Gegenstände erhöht, die Möglichkeiten der Einflussnahme erweitert und der Finanzrahmen deutlich ausgeweitet.

2005 berichtete die Kommission über die „Umsetzung des Lissabon-Programms der Gemeinschaft: Ein politischer Rahmen zur Stärkung des verarbeitenden Gewerbes in der EU – Auf dem Weg zu einem stärker integrierten Konzept für die Industriepolitik.“ Erstmals gab es ein Konzept für die Industriepolitik mit konkretem Arbeitsprogramm von branchenübergreifenden oder auch branchenbezogenen Initiativen. 2014 nahm die Kommission als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise die Mitteilung „Für ein Wiedererstarken der europäischen Industrie“ an. Mitteilungen und Strategien für einzelne Industriezweige folgten.

2017 haben die EU-Staats- und Regierungschefs in Form von Mitteilungen zu konkreten Maßnahmen für eine starke und wettbewerbsfähige industrielle Basis des Binnenmarkts aufgerufen, die Kommission legte diesem Aufruf folgend die Mitteilung „Investitionen in eine intelligente, innovative und Nachhaltige Industrie“ vor. Die Schwerpunkte darin: KMU und Start-up-Unternehmen; Forschung, Entwicklung und Innovation, digitale Transformation. Strategien für einzelne Wirtschaftssektoren (Bauwirtschaft, Stahl-, Zement-, Textil- und Chemieindustrie) wurden ab 2019 vorgelegt.

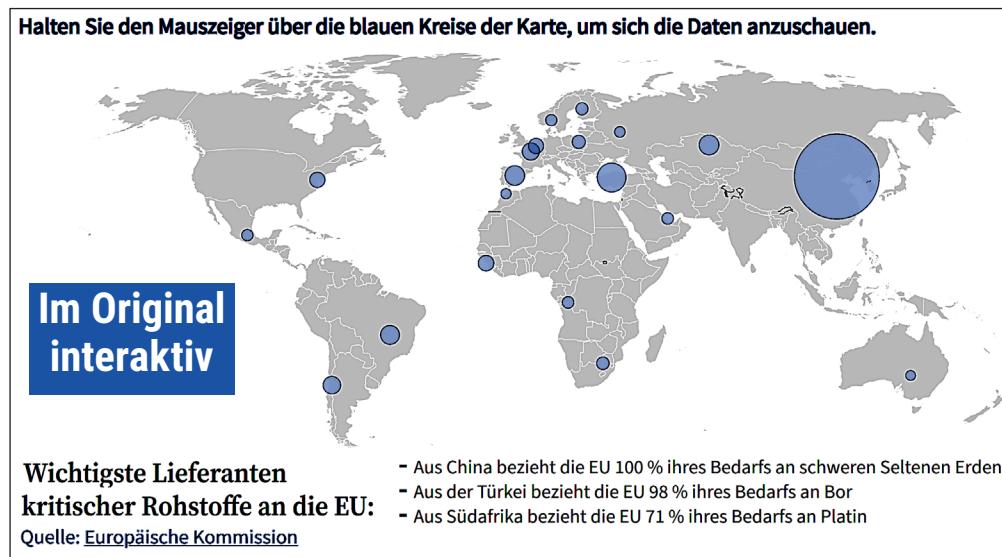
Eine Aktualisierung der Industriestrategie erfolgte 2021, in der unter anderem die „Widerstandsfähigkeit des EU-Binnenmarktes“ thematisiert wurde. 2023 beschloss die Kommission eine Verordnung zu kritischen Rohstoffen.

Green Deal und strategische Autonomie

Ein anderes Beispiel für die von Mitgliedsstaaten ausgehende Vorlage und die Arbeit der Kommission auf dieser Basis ist die Politik und Wahrnehmung in Sachen Klimawandels. Die Kommission leitete den sogenannten Green Deal ein. Hier soll an das milliardenschwere Programm Next Generation erinnert werden: große Finanzströme in Richtung Mitgliedsstaaten kommen nur dann auf den Weg, wenn sie für das Ziel Klimaneutralität eingesetzt werden (30 % in CO₂- neutrale Prozesse oder energiereduzierende Techniken).

Mit dem „Industrieplan zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter“ (Clean Industrial Deal) wurde von der Kommission am 1. Februar 2023 ein europäisches Konzept vorgelegt, um eine klimaneutrale Industrie in der EU zu fördern. Diesbezügliche Legislativvorschläge waren unter anderem:

Die Netto-Null-Industrie-Verordnung vom 16. März 2023, mit der der Rechtsrahmen für die Herstellung von Schlüsseltechnologien vereinfacht, Ziele für die industriellen Kapazitäten, Genehmigungsverfahren beschleunigt, die Entwicklung europäischer Normen für Schlüsseltechnologien gefördert und die



Anders als die Trump-Administration, die ungleiche Verträge (Ukraine) oder im Zweifelsfalle auch auf Raub ankündigt (Grönland), versucht die EU (in der Tendenz) die bestehenden Handelsbeziehungen zu diversifizieren und sich durch technologische Entwicklungen unabhängiger zu machen.

Abb.: <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/critical-raw-materials/>

Behörden ermutigt werden sollen, durch öffentliche Aufträge mehr saubere Technologien zu erwerben. Wie stark die Konkretisierung und der Durchgriff der EU mittlerweile ist, kann beispielhaft an der Verordnung zu kritischen Rohstoffen gezeigt werden: Dieses im März 2024 angenommene Gesetz ist eine der Leitinitiativen des Industrieplans zum Green Deal.

Ziele der neuen Vorschriften sind:

- Verbesserung und Diversifizierung der Versorgung der EU mit kritischen Rohstoffen
- Verbesserung der Kreislauffähigkeit, einschließlich des Recyclings
- Unterstützung von Forschung und Innovation in den Bereichen Resourceneffizienz und Entwicklung von Ersatzstoffen.

Die EU setzte sich die folgenden Ziele für 2030:

- Deckung von mindestens 10 % des EU-Jahresverbrauchs durch Gewinnung in der EU
- Deckung von mindestens 40 % des EU-Jahresverbrauchs durch Verarbeitung in der EU

- Deckung von mindestens 25 % des EU-Jahresverbrauchs durch Recycling in der EU“ (1)

Was lässt sich feststellen?

Zuletzt wurden im Januar der „Kompass für eine wettbewerbsfähige EU“ und der „Clean Industrial Deal“ vorgelegt. Beide beziehen sich in ihren Vorschlägen stark auf den von Mario Draghi vorgelegten Bericht zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Die verbreitete Befürchtung war, dass diese Orientierung das Ende des Green Deal bedeuten würde, als auch eine Zentralisierung der EU Mittel auf einige Kerntechnologien und damit auch das Ende der Kohäsionspolitik der EU einleiten würde.

Ein Abschied vom Green Deal lässt sich aus dem Clean Industrial Deal-Dokument nicht ableiten.

(Siehe hierzu auch die Artikel in den Politischen Berichten 5/2024, S. 8/9 zum Draghi-Bericht linkekritik.de/fileadmin/pb24-05/08-neue-eukommision-perpektiven-gehring.html und zum Green Industrial Deal, PB 2/2025, S. 8/9 <https://www.linkekritik.de/fileadmin/pb2025/pb25-02-i.pdf#page=09>)

Neben der Ausweitung der materiellen Gegenstände, die von den EU-Initiativen erfasst werden, sind auch die Koordinationsinstrumente ausgebaut worden. Insbesondere sind hier die umstrittenen Instrumente Stabilitätspakt und Europäisches Semester (https://commission.europa.eu/business-economy-euro/european-semester_de) zu nennen. Bemerkenswert ist, dass als Zielstellung der Ausgleich von ökonomischen Ungleichgewichten fest verankert ist. Die Instrumente befassen sich mit makroökonomischen und strukturpolitischen Maßnahmen sowohl für die gesamte EU als auch für die einzelnen EU-Länder. Der Rat kann unverbindliche Empfehlungen zu Grundzügen der

Quellen: (1) Zeitleiste zu Maßnahmen im Bereich der Industriepolitik: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/timeline-eu-industrial-policy> (2) Supranationale Steuerung durch die Europäische Union. Eine steuerungstheoretische Perspektive. Thomas Gehring; Bamberger Beiträge zur Europaforschung und zur internationalen Politik Nr. 3/2000

Wirtschaftspolitik von EU-Ländern aussprechen und öffentliche Empfehlungen machen, wenn die Wirtschaftspolitik eines Landes nicht den Grundzügen der Wirtschaftspolitik entspricht.

Diskussion

Die Teilnehmer des Sprockhöveler Treffens stellten überwiegend fest, dass die Kenntnis der auf EU-Ebene installierten Verfahren eher gering sind und bisher auch nicht als relevant erachtet wurden. Unter dem Eindruck der sich auflösenden regelbasierten Ordnung an zahlreichen Stellen im politischen und wirtschaftlichen Leben gewinnt dieses Thema aber unweigerlich an Aufmerksamkeit – oder sollte es gewinnen. Die supranationalen Steuerung, wie sie die EU (doch recht erfolgreich) betreibt, beruht auf kollektiven Entscheidungen der Mitgliedsstaaten. Entscheidungen werden im Rat vorbereitet, die Kommission ist mitnichten die alleinige und vor allem keine unabhängige maßgebende oder herrschende Institution. Die Orientierungen sind eher allgemeiner Natur und die Mitgliedsstaaten legen sie aus bzw. untergliederte Strukturen auf EU-Ebene. Hierzu zählt ein Ausschusswesen, das die Kommission berät oder Vorschläge ausarbeitet (zum Beispiel legt der Wirtschafts- und Sozialausschuss, zusammengesetzt aus Vertretern der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Zivilgesellschaft, Stellungnahmen vor). Darin unterscheidet sich die Politiksteuerung der EU von anderen über-nationalstaatlichen Vereinbarungen (WTO / GATT / ...).

Insgesamt scheint die ausgestaltete Steuerungsstruktur der EU eher nicht mit klassischen Modellen der politischen Steuerung und mit eingeübten Deutungsmustern beurteilbar zu sein. Sie einfach besser verstehen zu lernen, könnte für vieles nützlich sein.

„Mein Arbeitsplatz. Unser Industrieland. Unsere Zukunft!“

BRUNO ROCKER, Berlin

Nach Aufruf der IG Metall demonstrierten am 15. März über 80 000 mit dieser Botschaft an Politik und Arbeitgeber. Die IG Metall hat sich seit Monaten bereits im Vorfeld der Bundestagswahlen erheblich ins Zeug gelegt. Christiane Benner erläuterte in Interviews und Stellungnahmen zu Beginn des Jahres u. a. mit den folgenden Kernaussagen die von der IG Metall eingeschlagene Richtung:

- Ohne massive öffentliche Investitionen ist die Deindustrialisierung nicht zu stoppen – und ein Kurswechsel beim Klimaschutz wäre gefährlich.
- Wenn wir versuchen, den Wandel zu verlangsamen oder sogar anzuhalten, gefährdet das den Industriestandort und Arbeitsplätze.
- Ohne Investitionen in die Infrastruktur und ohne einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis geht es richtig bergab.
- Sehr gute Handlungsempfehlungen zeigt der Draghi-Report auf: Bereiche identifizieren, in denen Europa stark ist oder stark werden kann, und diese Bereiche dann pushen. Das erwarten wir auch von der neuen Bundesregierung.

Nach dem Ergebnis der Bundestagswahlen fordert die IG Metall in einer Erklärung zu einer schnellen Regierungsbildung und zum Handeln auf:

„Es geht um die Sicherung von Beschäftigung und den Ausbau von mitbestimmter, tarifgebundener guter Arbeit. Es geht um wettbewerbsfähige Energiepreise, die Gestaltung der Energiewende und die Zukunft der Automobilindustrie in Deutschland. Es geht um massive Investitionen ohne Kürzung-

gen beim Sozialstaat. Nur gemeinsam mit den Beschäftigten wird es gelingen, die Herausforderungen zu meistern und mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Nur mit mehr Demokratie in den Betrieben und mehr Tarifbindung können wir den Wandel in den Betrieben mitgestalten.“

Die IG Metall wirkt von Beginn an auf die Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD ein, u. a. mit den folgenden Anliegen: Industriestrompreis, Senkung von Stromsteuer und Netzentgelten, Förderung der E-Mobilität, Reform Schuldenbremse, mehr Tarifbindung, Tariftreuegesetz. Kritisch bewertet die Gewerkschaft die Ideen der Koalitionäre u.a. über Erleichterung überlanger Arbeitszeiten (Wechsel zur wöchentlichen Höchstarbeitszeit), steuerliche Anreize für Mehrarbeit statt ausnahmslos Bezahlung geleisteter Mehrarbeit.

Die IG Metall weiß um die Herausforderungen in der Transformation der Industrie zur Klimaneutralität und insbesondere um die Herausforderungen der Automobilindustrie zur Transformation zu Elektroantrieben. Gegenwärtig ächzt gerade die mittelständisch strukturierte Zulieferindustrie im Südwesten der Republik unter dem Druck des Wandels. Dennoch ist nicht spürbar, dass die Parolen aus dem rechtsextremistischen Lager für vermeintlich einfache Lösungen wie Festhalten an der Verbrenner-Technologie über 2035 hinaus, Festhalten an Dieselsubventionen oder gar Rufe nach einem Ende der Europäischen Union und des Euro hilfreich wären oder eine Chance in der IG Metall hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Alle wissen, dass der Europäische Binnenmarkt der Stabilitätsanker für die deutsche Exportindustrie ist.